

BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN

INGENIEURVERTRAG PLANUNGSLEISTUNGEN FÜR BRANDSCHUTZ GEMÄß AHO (LEISTUNGSBILD BRANDSCHUTZPLANUNG, HEFT NR. 17 DER AHO-SCHRIFTENREIHE)

zwischen

Magistrat der Stadt Schwalbach am Taunus, vertreten durch den Bürgermeister, Marktplatz 1-2, 65824 Schwalbach am Taunus

- nachstehend „**AG**“ genannt -

und

[●], eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts [●] unter der Registernummer [●], [●]

- nachstehend „**AN**“ genannt -

wird folgender Ingenieurvertrag über Planungsleistungen geschlossen:

§ 1 GEGENSTAND DES VERTRAGES

- 1.1 Gegenstand dieses Vertrages sind Planungsleistungen des AN für Brandschutz gemäß dem Leistungsbild Brandschutzplanung nach AHO (Heft Nr. 17 der AHO-Schriftenreihe).
- 1.2 Die vorstehend genannten Leistungen sind für folgendes Bauvorhaben zu erbringen:

Neubau eines Feuerwehrgebäudes mit Bauhof in Schwalbach am Taunus (im Weiteren auch „Bauvorhaben“ oder „Projekt“)
- 1.3 Die mit der Bauaufgabe verfolgten Ziele ergeben sich aus der Leistungs- und Tätigkeitsbeschreibung Brandschutz (Anlage 1) sowie der Leistungs- und Tätigkeitsbeschreibung Besondere Leistungen (Anlage 2). Die sich daraus ergebenden Ziele sind für den AN verbindlich. Gleiches gilt für etwaige Auflagen bzw. Bestimmungen aus Förderrichtlinien/Bewilligungsbescheiden.

§ 2 VERTRAGSBESTANDTEILE

Die Parteien vereinbaren als verbindliche Bestandteile dieses Vertrages in nachfolgender Rangfolge:

- 2.1 die Bestimmungen dieses Vertrages
- 2.2 die Leistungs- und Tätigkeitsbeschreibung Brandschutz, Grundleistungen (Anlage 1)
- 2.3 die Leistungs- und Tätigkeitsbeschreibung Besondere Leistungen (Anlage 2)
- 2.4 das Angebot des AN vom [●] (Anlage 3)
- 2.5 die vom Ausschuss der Verbände und Kammern der Ingenieure und Architekten für die Honorierung (AHO) aufgestellten Leistungsbilder zum Brandschutz (Heft Nr. 17 der AHO-Schriftenreihe) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung
- 2.6 die Bestimmungen des BGB, insbesondere Werkvertragsrecht (§§ 650 ff. BGB)

§ 3 BEAUFTRAGUNG DER EINZELLEISTUNGEN

- 3.1 Die Beauftragung des AN erfolgt stufenweise. Mit Vertragsschluss werden zunächst die Leistungen der Beauftragungsstufe 1 (Phasen 1 bis 4) beauftragt. Die Beauftragung der weiteren Beauftragungsstufen erfolgt durch schriftliche Mitteilung des AG. Ein Rechtsanspruch des AN auf Beauftragung weiterer Leistungsstufen besteht nicht. Der AN kann die optionalen Leistungen ganz oder teilweise -sowohl mit sich auf die

Beauftragungsstufe als Solche als auch mit sich auf einzelne Teilleistungen daraus-ganz oder teilweise abrufen.

3.2 Beauftragungsstufe 1 – Leistungsphasen 1 bis 4:

- Sämtliche *Grundleistungen der* Grundlagenermittlung gemäß dem Leistungsbild Brandschutzplanung nach AHO, Heft Nr. 17, die für die Klärung der Aufgabenstellung und des Planungsumfangs sowie die Zusammenstellung der Ergebnisse erforderlich sind.
- Sämtliche *Grundleistungen der* Vorplanung gemäß dem Leistungsbild Brandschutzplanung nach AHO, Heft Nr. 17, insbesondere das Feststellen einschlägiger Rechtsgrundlagen und der wesentlichen materiell-rechtlichen Anforderungen, das Erarbeiten der Grundzüge des Brandschutzkonzeptes einschließlich Möglichkeiten beim abwehrenden Brandschutz und Grundlagen für anlagentechnische Maßnahmen, das Erstellen von Brandschutzskizzen sowie das stichpunktartige Zusammenstellen der Vorplanungsergebnisse.
- Sämtliche *Grundleistungen der* Entwurfsplanung gemäß dem Leistungsbild Brandschutzplanung nach AHO, Heft Nr. 17, insbesondere das Erarbeiten des Brandschutzkonzeptes unter Berücksichtigung der Wechselwirkung zwischen den baulichen und anlagentechnischen Maßnahmen, das Konkretisieren aller objektspezifischen Brandschutzanforderungen, die Mitwirkung bei Abstimmungen mit Behörden, Brandschutzdienststellen und/oder Feuerwehr sowie das Zusammenstellen wesentlicher Inhalte als Entwurf des textlichen Erläuterungsberichtes unter Berücksichtigung der in der Anlage 1 festgelegten Zielvorstellungen des AG.
- Sämtliche *Grundleistungen der* Genehmigungsplanung gemäß dem Leistungsbild Brandschutzplanung nach AHO, Heft Nr. 17, insbesondere das Erarbeiten des Erläuterungsberichtes gemäß der jeweils geltenden bauaufsichtlichen Verfahrensvorschriften mit Darstellung der Rechtsgrundlagen, des Brandschutzkonzeptes mit den baulichen, anlagentechnischen und betrieblichen Maßnahmen sowie der Erfordernisse zur Wahrung der Belange des abwehrenden Brandschutzes, das Erstellen von Brandschutzplänen, das Begründen von Abweichungen sowie das Zusammenstellen der vorgenannten Unterlagen.

3.3 Beauftragungsstufe 2 – Leistungsphase 5:

- Sämtliche *Grundleistungen der* Ausführungsplanung gemäß dem Leistungsbild Brandschutzplanung nach AHO, Heft Nr. 17, insbesondere das Prüfen der Baugenehmigung bezogen auf das Brandschutzkonzept, das Beraten bei Anfragen der Objekt- und Fachplaner hinsichtlich der integrierten brandschutztechnischen Fachleistung bis zur ausführungsfähigen Lösung, das Erstellen einer Brandfallsteuertabelle, das Mitwirken bei der Koordination der

Fachplanung an brandschutzrelevanten Schnittstellen, das Mitwirken bei Feststellung der Eignung vorgelegter Verwendbarkeitsnachweise, das Prüfen, inwieweit zusätzliche genehmigungspflichtige Sachverhalte entstanden sind, sowie das Zusammenstellen der Ergebnisse unter Berücksichtigung der in der Anlage 1 festgelegten Zielvorstellungen des AG.

3.4 Beauftragungsstufe 3 – Leistungsphase 8:

- Sämtliche *Grundleistungen der Objektüberwachung (Bauüberwachung) gemäß dem Leistungsbild Brandschutzplanung nach AHO, Heft Nr. 17, insbesondere das Prüfen der Ausführung des Objektes* auf prinzipielle Übereinstimmung mit dem genehmigten Brandschutzkonzept einschließlich der Auflagen aus der Genehmigung, die Kontrolle der Verwendbarkeitsnachweise und Bescheinigungen zum baulichen Brandschutz, das Prüfen der Plausibilität der Sachverständigenbescheinigung oder Sachkundigenbestätigung für die brandschutzrelevanten Anlagen auf Schnittstellen, das Mitwirken bei der Vorbereitung von behördlichen Prüfungen/Begehungen und Teilnahme daran sowie das Erstellen eines Statusberichtes einschließlich Bewerten der Möglichkeiten für die Inbetriebnahme unter Berücksichtigung der in der Anlage 1 festgelegten Zielvorstellungen des AG.

3.5 Dem AN werden darüber hinaus -und in Abhängigkeit von dem jeweiligen Abruf der Beauftragungsstufe- folgende Besondere Leistungen im Leistungsbild Brandschutz übertragen:

- a) Leistungsstufe 1 – LPH 1-4 – Übergeordnet: 4 Abstimmungsgespräche mit den Nutzern, Gesprächsdauer ca. 2 Stunden zuzüglich Vorbereitung und Mitwirkung bei der Protokollierung der Ergebnisse durch den Objektplaner
- b) Leistungsphase 2 – Vorplanung: Mitwirken bei der Beschaffung und Beantragung von Fördermitteln
- c) Leistungsphase 3 – Entwurfsplanung: Teilnahme an 2 Gremienterminen zur Präsentation der Ergebnisse der Leistungsphase 3 inkl. Vorbereitung

§ 4 LEISTUNGSPFLICHTEN DES AN

4.1 Die Parteien sind sich darüber einig, dass die wesentlichen Planungs- und Überwachungsziele durch die in § 1 Abs. 3 benannten Zielvorstellungen für das Projekt hinreichend definiert sind, so dass eine Zielfindungsphase im Sinne von § 650p Abs. 2 BGB entfällt.

4.2 Mit Abschluss dieses Vertrages verpflichtet sich der AN gemäß § 650q Abs. 1 BGB, nach näherer Maßgabe dieses Vertrages diejenigen Leistungen zu erbringen, die nach dem

jeweiligen Stand der Planung und Ausführung erforderlich sind, um die zwischen den Parteien vereinbarten – und gegebenenfalls nach Vertragsschluss weiterentwickelten – Planungs- und Überwachungsziele zu erreichen.

- 4.3 Zur Erzielung der vorstehend beschriebenen Planungs- und Überwachungsziele/Erreichung des Gesamterfolgs je Leistungsphase hat der AN sämtliche Grundleistungen der beauftragten Leistungsphasen nach dem Leistungsbild Brandschutzplanung gemäß AHO, Heft Nr. 17, zu erbringen, und zwar unabhängig davon, ob sie im Einzelfall nach § 3 bereits beauftragt sind oder nicht.

Soweit über die in dem vorstehenden Absatz 4.3 beschriebenen Einzelleistungen hinaus weitere Leistungen zur Erzielung des geschuldeten Gesamterfolgs erforderlich werden, sind auch diese in den Grenzen, die sich aus dem nachfolgenden Absatz ergeben, vom AN zu erbringen. Ein zusätzlicher Vergütungsanspruch für geänderte Leistungen steht dem AN nur insoweit zu, als sich dies aus den Bestimmungen dieses Vertrages ergibt (§ 9).

- 4.4 Der AN hat seine Leistungen entsprechend den anerkannten Regeln der Technik sowie in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des öffentlichen Rechts und der ihm bekannten (fortgeschriebenen) Zielvorstellungen des AGs zu erbringen. Der AN hat seine Leistungen außerdem in möglichst wirtschaftlicher Weise zu erbringen. Dies bedeutet insbesondere, dass sämtliche Leistungen im Rahmen der sonstigen Vorgaben und Zielvorstellungen des AGs sowie des technisch und rechtlich Möglichen mit dem Ziel größtmöglicher Kosteneinsparung sowohl bei der Errichtung des Bauvorhabens, als auch bei der späteren Nutzung zu erbringen sind.

Entstehen Widersprüche zwischen verschiedenen Zielvorstellungen des AGs, zwischen den Zielvorstellungen des AGs und den anerkannten Regeln der Technik, oder aber zwischen den anerkannten Regeln der Technik und dem (neuesten) Stand der Technik bzw. der Wissenschaft, hat der AN den AG entsprechend aufzuklären und zu unterrichten sowie Entscheidungshilfen zu geben und Entscheidungsalternativen zu formulieren. Die Entscheidung ist dann durch den AG zu treffen. Die vom AG vorgegebenen (fortgeschriebenen) Zielvorstellungen sind nur insoweit für den AN verbindlich, als sie in sich widerspruchsfrei sind und auch nicht im Widerspruch zu den anerkannten Regeln der Technik bzw. zu zwingenden öffentlich-rechtlichen Bestimmungen stehen.

- 4.5 Der AN ist verpflichtet, die ihm übertragenen Leistungen in eigener Person oder durch fest angestellte Mitarbeiter seines Büros zu erbringen. Die Beauftragung von freien Mitarbeitern hat er dem AG unverzüglich anzuzeigen. Der AG ist berechtigt, der Beauftragung von Unterbeauftragten unverzüglich zu widersprechen, sofern der Widerspruch aus wichtigem Grunde gerechtfertigt ist. Die Beauftragung von Unterbeauftragten bedarf in jedem Fall der vorherigen, schriftlichen Zustimmung des AGs.

- 4.6 Die Urkalkulation ist gemäß § 16 HVTG nach gesonderter Aufforderung entweder elektronisch über die Vergabeplattform oder in einem geschlossenen Umschlag einzureichen.
- 4.7 Die Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentgelt wird Vertragsbestandteil.
- 4.8 Der AN räumt dem AG ein Auskunfts- und Prüfungsrecht nach § 7 Abs. 1 HVTG ein. Der AN verpflichtet sich darüber hinaus, seine Nachunternehmen/Verleihunternehmen vertraglich zu verpflichten, dem AG dieses Auskunfts- und Prüfungsrecht ebenfalls zu gewähren und die vertragliche Verpflichtung zur Gewährung des Auskunfts- und Prüfungsrechts auf alle weiteren Nachunternehmen/Verleihunternehmen zu übertragen.

§ 5 HINZUZIEHUNG UND KOORDINATION ANDERER BETEILIGTER

- 5.1 Folgende Leistungen werden voraussichtlich von den nachstehend genannten Sonderfachleuten erbracht:

- a. Nr. 1: Leistung: [n.n.], Fachplaner: [n.n.]
- b. Nr. 2: Leistung: [n.n.], Fachplaner: [n.n.]

[Bieterhinweis: Wird während des Vergabeverfahrens fortgeschrieben]

- 5.2 Der AN informiert den AG rechtzeitig, wenn der Einsatz von Sonderfachleuten oder Sachverständigen über das bei Vertragsschluss bekannte Maß hinaus notwendig wird, und berät den AG bei der Auswahl der Sonderfachleute bzw. Sachverständigen. Die Beauftragung von Sonderfachleuten oder Sachverständigen erfolgt ausschließlich durch den AG selbst.
- 5.3 Der AN muss im Rahmen der vereinbarten Vergütung die Leistungen aller anderen fachlich Beteiligten über die in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) genannten Grundleistungen hinaus bei seiner Planung berücksichtigen, so dass seine Leistung in die Gebäudeplanung und die der anderen fachlich Beteiligten in sinnvoller Weise integriert werden können. Der AN hat im Übrigen in einem übergeordneten Sinne an der Koordination des Gebäudeplaners (und allen an der Planung und Bauausführung Beteiligten) mitzuwirken und sich hieran zu beteiligen, soweit nicht bereits durch die Grundleistungen der Brandschutzplanung ohnehin erfasst. Er muss darüber hinaus die für die rechtzeitige und vollständige sowie mangelfreie Erbringung seiner eigenen Leistungen erforderlichen Angaben, Auskünfte, Planungsleistungen etc. der anderen fachlich Beteiligten rechtzeitig anfordern, gegebenenfalls über den AG. Das schließt die rechtzeitige Übergabe eigener Leistungen und Leistungsinhalte oder deren Erläuterung ein, die notwendig sind, damit die anderen Beteiligten die Planung ihrer Leistungen rechtzeitig und mangelfrei erbringen können.

§ 6 AUSFÜHRUNGSFRISTEN

- 6.1 Der AN hat die von ihm geschuldeten Leistungen für die einzelnen Leistungsphasen und die kontrollfähigen Arbeitsschritte gemäß den vom Auftraggeber vorgegebenen Terminen zu erbringen, insbesondere seine Leistung so zügig zu beginnen, auszuführen, zu fördern und zu vollenden, dass das Bauvorhaben ohne zeitliche Verzögerungen und unter Einhaltung der von dem AG oder von sonstigen Projektbeteiligten gesetzten angemessenen Fristen und Termine realisiert werden kann und während der Projektverwirklichung fortgeschriebene Zielvorstellungen des AG hinsichtlich der zeitlichen Abfolge des Bauvorhabens eingehalten werden.
- 6.2 Der AN ist im Rahmen der vereinbarten Vergütung zur Aufstellung, Überwachung und laufenden Fortschreibung des Terminplans bezogen auf die Brandschutzplanung sowie die Mitwirkung an der Aufstellung, Überwachung und laufenden Fortschreibung eines Projektablauf- und eines Terminablaufplanes für die gesamte Baumaßnahme einschließlich der Gebäude-, Tragwerksplanung und der Planung der Technischen Ausrüstung durch den Gebäudeplaner und Beteiligung aller an der Planung beteiligten weiteren Fachplaner und Sonderfachleute verpflichtet, soweit diese nicht bereits durch die Grundleistungen der Brandschutzplanung erfasst sind.
- 6.3 Wird für den AN erkennbar, dass der vorgesehene Bauablauf oder der Terminplan – gleich aus welchem Grund – nicht eingehalten werden können (z.B. wegen unvorhergesehener äußerer Umstände oder wegen Anordnungen des AG, die Planungsänderungen erforderlich machen), ist der AN verpflichtet, den AG hierüber umgehend und umfassend zu unterrichten.
- 6.4 Werden Beschleunigungsmaßnahmen erforderlich, ist der AN zur Durchführung dieser Beschleunigungsmaßnahmen verpflichtet, ohne hierfür eine zusätzliche Vergütung beanspruchen zu können. Dies gilt nicht für den Fall, dass sich Verzögerungen gegenüber dem vertraglich vereinbarten oder vorausgesetzten Zeitplan aus Gründen ergeben, die vom AG im Sinne einer schuldhaften Nichterfüllung vertraglicher Pflichten oder der Verletzung von Obliegenheiten zu vertreten sind, insbesondere für etwaige Ansprüche des AN aus § 642 BGB; derartige Ansprüche bleiben unberührt.
- 6.5 Glaubt sich der AN in der ordnungsgemäßen Ausführung der Leistung behindert, so hat er dies dem AG unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Unterlässt er die Anzeige, so hat er nur dann Anspruch auf Berücksichtigung der hindernden Umstände, wenn dem AG die Tatsache und deren hindernde Wirkung bekannt waren. Darüber hinaus kann der AN sich auf Behinderungsumstände nur dann berufen, wenn diese aus dem Risikobereich des AG stammen oder durch höhere Gewalt oder andere für den AN unabwendbare Umstände verursacht waren.

§ 7 HONORAR

Die Parteien treffen die sich aus den nachfolgenden Bestimmungen ergebende Honorarvereinbarung:

Grundlage der Honorierung

Die Vergütung der Leistungen der Brandschutzplanung erfolgt auf Grundlage des AHO-Hefts Nr. 17 „Leistungen für den bauordnungsrechtlichen Brandschutz“ in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen Fassung. Die dort beschriebenen Leistungsbilder und Berechnungsgrundlagen gelten als vereinbart, soweit nachfolgend nichts Abweichendes geregelt ist.

Leistungsumfang

Beauftragt sind die Leistungsphasen 1 bis 5 sowie 8 gemäß AHO Heft 17.

Parameter der Honorarermittlung

Die Honorarermittlung erfolgt getrennt nach den nachfolgenden Gesamtfunktionseinheiten:

	BGF	Beiwert n	Beiwert sp	Beiwert st	si
BGF Feuerwehr	2.803	1,2	0,1	0	1,1
BGF Bauhof	1.724	0,8	0	0	1

Honorarermittlung

Das Honorar für die Grundleistungen wird anhand der vorgenannten Parameter nach den Berechnungsansätzen des AHO-Hefts 17 ermittelt.

Basishonorar: [●] EUR

Zu- / Abschläge: [●] EUR

Gesamthonorar (netto): [●] EUR

Verteilung auf Leistungsphasen

Das Gesamthonorar wird entsprechend den prozentualen Anteilen des AHO-Hefts 17 auf die beauftragten Leistungsphasen (Lph 1–5 und 8) verteilt, sofern nichts Abweichendes vereinbart wird.

Abweichende Verteilung: [●]

Nebenkosten

Nebenkosten werden pauschal in Höhe von [●] % des Honorars vergütet.

Besonderen Leistungen

Die Besonderen Leistungen nach § 3.5 werden jeweils als Pauschale nach Maßgabe des Honorarblattes vergütet vergütet.

§ 8 ZUSÄTZLICHE LEISTUNGEN

- 8.1 Sollten nach Abschluss dieses Vertrages weitere besondere Leistungen oder Beratungsleistungen erforderlich werden, so wird der AG diese unter Vorlage der von ihm getroffenen schriftlichen Anordnung und auf Nachweis des AN zu nachstehend aufgeführten Stundensätzen vergüten, sofern keine freie Honorarvereinbarung getroffen wird, für den:

Auftragnehmer/Projektleiter: EUR [●]

Technischen Zeichner und sonst. Mitarbeiter mit vergleichbarer Qualifikation EUR [●]

- 8.2 Notwendige Überarbeitungen und Nachbesserungen der Leistungen des AN, insbesondere zur Einhaltung der Kosten- und Terminvorgaben, begründen keinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung. Gleiches gilt für Leistungen, die zur Erreichung der vereinbarten Planungsziele und/oder dem je Leistungsphase vereinbarten Teilerfolg unverzichtbar sind.

Der Nachweis des Zeitbedarfs erfolgt durch Vorlage von Stundenzetteln. Diese sind dem AG längstens im Abstand von sechs Werktagen vorzulegen. Der AG hat innerhalb von sechs Werktagen nach Zugang die Stundenzettel mit einem Bestätigungsvermerk oder gegebenenfalls mit Einwendungen zurückzugeben.

§ 9 LEISTUNGSÄNDERUNGEN

- 9.1 Für Änderungsvereinbarungen und Änderungsanordnungen des AGs sowie Änderungsvereinbarungen gilt § 650q Abs. 1 BGB iVm § 650b BGB mit den nachfolgenden Modifikationen:
- 9.2 Das Änderungsbegehren des AGs kann sich auch auf die Art der Ausführung der Leistungen, insbesondere in zeitlicher Hinsicht beziehen.

- 9.3 Die Befolgung von Änderungsbegehren des AGs im Sinne von § 650b Abs. 1 Nr. 1, die mit einer Änderung der vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele verbunden sind (nicht notwendige Änderungen) ist für den AN insbesondere dann unzumutbar,
- wenn sich die Planung auf ein anderes Grundstück beziehen soll;
 - wenn sich durch die vom AG begehrte Änderung der Charakter des Gebäudes insgesamt so verändern würde, dass die Identität des Gebäudes nicht mehr gewahrt wäre;
 - wenn sich die Befolgung eines Änderungsbegehrens für den AN unter Berücksichtigung seiner Urheberpersönlichkeitsrechte als unzumutbar darstellen würde;
 - wenn der Nutzungszweck des Gebäudes grundlegend verändert würde;
 - wenn der AG von vorneherein endgültig und ernsthaft die Zahlung einer dem AN für die zusätzlich zu erbringenden Planungsleistungen zustehenden zusätzlichen Vergütung oder die Mitwirkung an einer entsprechenden, den zusätzlichen Vergütungsanspruch des ANs umfassenden Nachtragsvereinbarung verweigert;
 - wenn das Büro des ANs auf die Ausführung der geänderten Leistungen nicht eingerichtet ist;
 - wenn betriebsinterne Umstände im Büro des ANs (zB eine besonders hohe Auslastung des Büros) entgegenstehen; der AN ist dann aber verpflichtet, weitere Mitarbeiter einzustellen bzw. Unteraufträge zu erteilen, soweit ihm dies nicht im Einzelfall aus besonderen Gründen unzumutbar ist.
- 9.4 Die Fortentwicklung und Durcharbeitung der Planung innerhalb einer bestimmten Leistungsstufe (Planungsoptimierung) einschließlich der Erarbeitung von Alternativen wird nicht vergütet, soweit die Planungsleistung Bestandteil der Grundleistungen der jeweiligen Leistungsphase ist, und solange die Grenzen der Zumutbarkeit für den AN nicht überschritten sind. Letzteres ist insbesondere dann der Fall, wenn innerhalb einer noch nicht abgeschlossenen Leistungsphase eine bereits erbrachte Teilleistung (zB ein erstellter Plan) auf Veranlassung des AGs und aus einem nicht vom AN zu vertretenden Grund mehr als zwei Mal neu erstellt werden muss bzw. mehr als zwei Alternativplanungen erstellt werden müssen. Die weiteren Änderungen sind dann nach den nachfolgenden Grundsätzen der Vertragsänderung zu vergüten.
- 9.5 Im Gegensatz zu Planungsoptimierungen sind geänderte Leistungen gesondert zu vergüten, wenn sie auf Änderungsvereinbarungen im Sinne von § 650q Abs. 1 iVm § 650b Abs. 1 BGB oder auf einer Änderungsanordnung des AGs im Sinne von § 650q Abs. 1 iVm § 650b Abs. 2 BGB beruhen. Änderungsvereinbarungen im Sinne von § 650q Abs. 1 iVm § 650b Abs. 1 BGB sollen eine Vereinbarung über die Vergütungsanpassung infolge der Änderung umfassen. Der Anspruch auf Vergütungsanpassung nach Maßgabe der folgenden Regelungen besteht aber unabhängig vom Zustandekommen einer solchen Vereinbarung.
- 9.6 Der AN wird dem AG unverzüglich nach Zugang eines Änderungsbegehrens nach § 650q Abs. 1 BGB iVm § 650b Abs. 1 BGB ein prüfbares Honorarangebot in Textform

über die infolge des Änderungsbegehrens begehrte Mehr- oder Mindervergütung mit üblichen Preisen nach folgender Maßgabe unterbreiten:

- Für Änderungsleistungen im Sinne von § 650b Abs. 1 Nr. 1 BGB (nicht notwendige Änderungen), die Grundleistungen des vertragsgegenständlichen Leistungsbildes Brandschutzplanung gemäß AHO oder Beratungsleistungen betreffen, hat die Vergütung der Änderungsleistung nach § 9.3 mit dem Honoraranteil zu erfolgen, der auf die geänderte Leistung entfällt.
- Bei Änderungsleistungen im Sinne von § 650b Abs. 1 Nr. 1 BGB (nicht notwendige Änderungen), die eine Grundleistungen im vorstehend genannten Sinne betreffen, hat der AN ein Nachtragsangebot auf Grundlage des geschätzten Zeitaufwands und der in § 9.6 vereinbarten Stundensätze zu kalkulieren.

9.7 Für Änderungsleistungen im Sinne von § 650b Abs. 1 Nr. 2 BGB (notwendige Änderungen) gilt der vorstehende § 9.5 nur dann und insoweit, als die Gründe die die Änderung notwendig machen, auf einer vertraglichen oder vorvertraglichen Pflicht- bzw. Obliegenheitsverletzung des AGs beruhen, oder wenn die Notwendigkeit der Änderung für den AG bei Vertragsschluss erkennbar war. Dies gilt auch für etwaige Beschleunigungsmaßnahmen, die erforderlich werden, um eine Zielvorstellung in zeitlicher Hinsicht (im Sinne von § 650p BGB) erreichen zu können. Liegen die genannten Voraussetzungen nicht vor, liegt das Risiko notwendiger Änderungen, um die vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele einzuhalten, beim AN.

9.8 Führt ein Änderungsbegehren des AGs hinsichtlich der vereinbarten bzw. bei Vertragsschluss vorausgesetzten Ausführungsfristen (§ 9.2) zu einem Mehraufwand beim AN, so wird der nachgewiesene tatsächliche Mehraufwand vergütet.

9.9 Tritt aus einem nicht vom AN zu vertretenden Grunde eine Unterbrechung des Projektes von mindestens drei Monaten ein, ohne dass die weitere Leistungserbringung dauernd unmöglich wird, ist der AN berechtigt, die bis dahin erbrachten Leistungen vertragsgemäß abzurechnen, sowie außerdem Erstattung derjenigen Kosten zu verlangen, die dem AN bereits entstanden und in der Vergütung des noch nicht ausgeführten Teils der Leistung enthalten sind. Dauert die Unterbrechung dann weitere drei Monate an, ist der AN berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grunde zu kündigen und nach den Grundsätzen des § 16 dieses Vertrages abzurechnen.

§ 10 PROJEKTLLEITER/PROJEKTTTEAM

10.1 Projektleiter auf Seiten des AN für die Durchführung der Baumaßnahme ist

[•] (Projektleiter)

der für alle Bereiche Ansprechpartner und Koordinator sein wird. Sein Vertreter ist

[•]

10.2 Ansprechpartner auf Seiten des AG werden zunächst [●] sein.

§ 11 UMSATZSTEUER

Sämtliche Leistungen werden netto zuzüglich der bei Beauftragung der Leistungen jeweils geltenden Umsatzsteuer abgerechnet und vergütet, soweit Umsatzsteuer anfällt.

§ 12 PFLICHTEN DES AN

12.1. Der AN ist verpflichtet, seine Leistungen nach den allgemeinen anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, auch im Hinblick auf spätere Unterhaltungs- und Betriebskosten, und den geltenden öffentlich-rechtlichen Bestimmungen zu erbringen.

12.2. Der AN darf die Ausführung der Leistung insgesamt oder wesentlicher Teile davon nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der AG an geeignete Subunternehmer übertragen. Der AN hat bei der Beauftragung von Leistungen (Unterauftrag) nach wettbewerblichen Gesichtspunkten unter Beachtung des § 97 Abs. 3 Satz 4 GWB zu verfahren, dem Unterauftragnehmer auf Verlangen den AG zu benennen und dem Unterauftragnehmer insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen – insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und Sicherheitsleistung – zu stellen, als zwischen ihm und dem AG vereinbart sind.

Des Weiteren hat er bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge kleine und mittlere Unternehmen angemessen zu beteiligen. Er hat sich zu bemühen, Unteraufträge an kleine und mittlere Unternehmen in dem Umfang zu erteilen, wie der AN es mit der vertragsgemäßen Ausführung der Leistungen vereinbaren kann.

12.3. Der AN steht dafür ein, dass etwaige Subunternehmerleistungen in Abstimmung mit dem AG nur an Unternehmen vergeben werden, die über eine vergleichbare Zertifizierung bzw. Qualifikation wie der AN verfügen bzw. solche Qualitätsstandards einhalten. Subunternehmer des AN sind dessen Erfüllungsgehilfen.

12.4. Der AN ist mit der Wahrung der Interessen des AG beauftragt und dementsprechend berechtigt und verpflichtet. Finanzielle Verpflichtungen für den AG darf er nur bei Gefahr im Verzug zur Abwendung schwerwiegender Nachteile für den AG eingehen, wenn das Einverständnis des AG nicht rechtzeitig zu erlangen ist und Maßnahmen zur Gefahrenbeseitigung erforderlich sind. Im Übrigen ist der AN nicht bevollmächtigt, den AG rechtsgeschäftlich zu vertreten, Aufträge zu erteilen oder die Abnahme von Bauleistungen zu erklären.

12.5. Der AN ist dem AG jederzeit zur umfassenden und wahrheitsgemäßen Auskunft verpflichtet. Gleiches gilt für die Herausgabe der durch den AN zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten sowie der durch den AG beigestellten Unterlagen. Sämtliche Unterlagen sind dem AG spätestens nach Erfüllung der übertragenen Leistungen zu

übergeben; sie werden dessen Eigentum. Eine besondere Vergütung entsteht dadurch nicht.

- 12.6. Verletzt der AN eine der vorgenannten oder andere wesentliche Pflichten nach diesem Vertrag schuldhaft, obgleich ihn der AG unter Fristsetzung zur vertragsgemäßen Erfüllung aufgefordert hat, ist der AG – unbeschadet des nachfolgenden Abs. (7) – zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages berechtigt.
- 12.7. Im Falle des Verzugs des AN mit der Erbringung einer nach diesem Vertrag geschuldeten Leistung oder im Falle des Verzugs mit der angemahnten fristgerechten Beseitigung von Schlechtleistungen sowie im Falle von Pflichtverletzungen nach § 9.6 hat der AN dem AG je Werktag des Verzugs oder der Verspätung oder des Bestehens der Schlechtleistung eine Vertragsstrafe von 0,1 %, höchstens jedoch 5 % der Netto-Angebotssumme nach § 8 Abs. (7) zu zahlen. Etwaige Rechte der AG zur außerordentlichen Kündigung bleiben unberührt.

§ 13 UNTERLAGEN

- 13.1. Unverzüglich nach Beendigung der letzten beauftragten Leistungen einschließlich der zugehörigen beauftragten Besonderen Leistungen stellt der AN die gefertigten Pläne und alle sonstigen Unterlagen und Dokumente zusammen und übergibt diese in 2-facher Ausfertigung dem AG. Dem AG sind auch alle sonstigen Unterlagen zu übergeben, die für die Fortsetzung des Bauvorhabens bzw. die Bewirtschaftung des Objekts erforderlich sind.
- 13.2. Soweit eine Digitalisierung möglich ist, hat der AN dem AG die Unterlagen in digitalisierter Form zu übergeben. Pläne sind dem AG jeweils dreifach auf Papier und digital als CAD-Datei (dwg- oder dxf-Format) zur Verfügung zu stellen.
- 13.3. Gegenüber dem Anspruch des AG auf Übergabe von Unterlagen steht dem AN ein Zurückbehaltungsrecht nicht zu.
- 13.4. Soweit Unterlagen nicht an den AG herauszugeben sind, ist der AN berechtigt, diese Unterlagen 10 Jahre nach vollständiger Leistungserbringung zu vernichten.

§ 14 URHEBERRECHT

Soweit die vom AN erbrachten Leistungen urheberrechtlich geschützt sind, vereinbaren die Parteien:

- 14.1. Das Veröffentlichungsrecht hinsichtlich der Planung und des Bauwerks (z.B. durch Abdruck in Fachzeitschriften oder durch Aushängen in Ausstellungen) steht sowohl dem AG als auch dem AN zu. Derartigen Veröffentlichungen kann die andere Vertragspartei nur aus wichtigem Grunde widersprechen. Bei Veröffentlichungen durch den AG hat der

AN Anspruch darauf, als Planverfasser namentlich genannt zu werden. Ist das Bauwerk abweichend von den Plänen des AN errichtet worden, oder ist das Bauwerk nachträglich verändert worden, darf der AN bei Veröffentlichungen durch den AG seiner namentlichen Erwähnung widersprechen.

- 14.2. Auf Verlangen des AN hat der AG am Bauwerk eine Tafel mit dem Namen des AN anzubringen. Ist das Bauwerk abweichend von den Plänen des AN errichtet worden, oder ist das Bauwerk nachträglich verändert worden, darf der AN einer entsprechenden Kennzeichnung am Bauwerk widersprechen.
- 14.3. Der AG ist grundsätzlich berechtigt, das Bauwerk abweichend von den Plänen des AN zu errichten bzw. das Bauwerk nachträglich zu ändern. Er muss die Änderungsabsicht aber dem AN gegenüber rechtzeitig ankündigen und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Entstellende Änderungen muss der AN jedoch in keinem Fall dulden.
- 14.4. Ein Vervielfältigungsrecht wird auf den AG nicht übertragen. Er darf das Bauvorhaben also nicht in (nahezu) identischer Weise wiederholen. Unzulässig sind auch solche Werkvervielfältigungen, die zwar Abweichungen aufweisen, aber aufgrund der verbleibenden Übereinstimmungen der eigenschöpferischen charakteristischen Elemente zu einem übereinstimmenden geistig-ästhetischen Gesamteindruck führen.
- 14.5. Für den Fall, dass der Auftrag des AN vor Vollendung des Bauwerks endet, räumt der AN dem AG schon jetzt das Nutzungsrecht (Nachbaurecht) ein, um ihm die Fertigstellung des Bauwerks zu ermöglichen.
- 14.6. Ein gesonderter Honoraranspruch für die Übertragung der Nutzungsrechte steht dem AN nicht zu.
- 14.7. Die unveräußerlichen Urheberpersönlichkeitsrechte sind von den vorstehenden Regelungen nicht berührt.

§ 15 HAFTUNG UND VERJÄHRUNG

- 15.1 Zur Absicherung von Ersatzansprüchen des AG aus diesem Vertrag hat der AN eine Berufshaftpflichtversicherung mit den Mindestdeckungssummen für Personen- und Sachschäden pro Verstoß von EUR 3.000.000 und für Vermögensschäden von EUR 2.000.000 abgeschlossen, die für die gesamte Dauer des Vertrages aufrecht zu erhalten ist.
- 15.2 Zum Nachweis des vereinbarten Versicherungsschutzes ist der AN verpflichtet, dem AG innerhalb von zwei Wochen nach Unterzeichnung dieses Vertrages eine entsprechende Bestätigung seines Haftpflichtversicherers (Versicherungspolice) über den nach diesem Vertrag vereinbarten Versicherungsschutz zu übergeben. Legt der AN dem AG den Versicherungsnachweis nicht fristgerecht vor, ist der AG nach Ablauf einer gesetzten

Nachfrist von 2 Wochen mit Kündigungsandrohung zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt.

- 15.3 Der AN ist zur unverzüglichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit der Versicherungsschutz in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht oder in Frage gestellt ist. Dies gilt auch, sofern die pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehenden Deckungssummen aufgebraucht sind oder werden. Der AN sichert bei Vertragsabschluss zu, dass die Mindestdeckungssummen noch zweifach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen.
- 15.4 Der AG kann nach Ablauf eines jeden Kalenderjahres vom AN die Vorlage einer aktuellen Versicherungsbestätigung verlangen, aus der sich die versicherten Deckungssummen und der bestehende Versicherungsschutz ergeben muss. Kommt der AN diesen Pflichten nicht nach, ist der AG nach Ablauf einer gesetzten Nachfrist von 2 Wochen mit Kündigungsandrohung zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt. Die vorstehenden Sätze 2 und 3 gelten nicht bei Vereinbarung einer objektbezogenen Einzelversicherung.

§ 16 HERAUSGABEANSPRÜCHE/ZURÜCKBEHALTUNGSRECHT

- 16.1. Die vom AN zur Erfüllung dieses Vertrags angefertigten Originalunterlagen einschließlich der Akten und Datenträger sowie dem AN vom AG überlassene Unterlagen sind auf Verlangen des AG, ansonsten spätestens bei der Abnahme des Ingenieurbauwerks oder bei vorzeitiger Vertragsbeendigung durch Kündigung an den AG herauszugeben; sie werden deren Eigentum.
- 16.2. Ein Zurückbehaltungsrecht des AN an den von ihm erstellten Planungs- und Bauunterlagen, die für die Durchführung der Planung und die Realisierung des Bauvorhabens erforderlich sind, ist ausgeschlossen. Der AN ist insoweit bis zur Abnahme oder Fertigstellung der beauftragten Leistung vorleistungspflichtig und überträgt dem AG mit Vertragsabschluss die Befugnis zur Nutzung seiner Pläne und Unterlagen.

§ 17 SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- 17.1 Die Parteien sind sich darüber einig, dass auf diesen Vertrag ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland anwendbar ist.
- 17.2 Im kaufmännischen Geschäftsverkehr wird als Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus diesem Vertrag der Sitz des AG vereinbart.

17.3 Änderungen, Ergänzungen und Nebenbestimmungen bedürfen der Schriftform. Von diesem Schriftformerfordernis kann nur durch schriftliche Vereinbarung abgewichen werden.

17.4 Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag sind nicht getroffen worden.

17.5 Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages oder eine später in ihm aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise nichtig sein oder werden oder sollte sich eine Lücke in diesem Vertrag herausstellen, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, an Stelle der nichtigen Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke mit Rückwirkung diejenige wirksame und durchführbare Regelung zu vereinbaren, die rechtlich und wirtschaftlich dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt hätten, wenn sie diesen Punkt bei Abschluss des Vertrags bedacht hätten. Beruht die Nichtigkeit einer Bestimmung auf einem darin festgelegten Maß der Leistung oder der Zeit (Frist oder Termin), so gilt die Bestimmung mit einem dem ursprünglichen Maß am nächsten kommenden rechtlich zulässigen Maß als vereinbart. Den Parteien ist das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 24.09.2002 (KZR 10/01) bekannt. Es ist dennoch der ausdrückliche Wille der Parteien, dass dieser § 17.5 keine bloße Beweislastumkehr zur Folge hat, sondern § 139 BGB insgesamt abbedungen ist.

17.6 Der Vertrag wird 2-fach ausgefertigt. Jede Vertragspartei erhält eine Ausfertigung.

Schwalbach am Taunus, den _____, den _____

(Auftraggeber)

(Auftragnehmer)